

Anmerkungen des Fraktionsvorsitzenden zum Nachtragshaushalt 2015/2016

Im Ergebnis ist festzustellen, dass die Kämmerei mit ihrem Entwurf den geänderten Rahmenbedingungen und den neuen Herausforderungen an die städtischen Finanzen Rechnung getragen hat. Alle Änderungen in der Ergebnisrechnung und im Haushaltssicherungskonzept gleichen sich pflichtgemäß aus.

Besonders begrüßenswert ist dabei, und das kann man nicht oft genug betonen, dass ohne die bereits geplanten Steuererhöhungen ausgekommen wird. Dennoch sind, neben einer positiven Anpassung des Stellenplanes, weitere Investitionen in Höhe von insgesamt 10,6 Mio. Euro möglich. Durch den Rat im Haushalt 2015/2016 gestellte Arbeitsaufträge wurden umgesetzt.

Dem Nachtragshaushalt wird seitens der FLU deshalb grundsätzlich zugestimmt.

Bei der Umsetzung der Beschlüsse des Rates freut uns besonders, dass die in unserem Antrag 0157/14 zum Doppelhaushalt geforderte Weiterfinanzierung der Werkstatt im

Kreis Unna, nunmehr durch maßnahmenbezogene Auftragsvergaben weiterhin sichergestellt ist.

Der Erhöhung des Zuschusses an das Kulturzentrum Lindenbrauerei um jährlich 50.000 Euro wird zugestimmt. Die Begründung hierzu ist schlüssig, insbesondere auch im Hinblick auf die Ergebnisse des „Richter-Gutachtens“. Wir hoffen, dass die Konsolidierungsbemühungen des Trägervereins langfristig zu einer Reduzierung des Zuschussbetrages führen werden.

Den Finanzhilfen für Bornekampverein und Förderverein Hellweg Bad Lünern wird zugestimmt. Ehrenamtliches Engagement ist wichtig und muss bei nachgewiesenem Bedarf auch finanziell gefördert werden.

Im Falle eines positiven Kostenvergleiches zwischen Altbausanierung Falkschule und Schulneubau am Hertinger Tor zu Gunsten eines Neubaus, sollte dieser konkret geplant werden. Beteiligte sind frühzeitig zu befragen und an den Planungen zu beteiligen. Am Ende muss ein echter „Mehrwert“ für Nutzer und Träger dabei herauskommen.

Durch das Auslaufen der Anne Frank Realschule ist in Unna zukünftig nur noch ein Realschulstandort vorgesehen. Diese Schulform wird im Ortsteil Massen an der Hellweg Realschule konzentriert. Nicht zuletzt auch aufgrund einer verstärkten Zuwanderung, könnte die Realschule zukünftig wieder an Bedeutung gewinnen. Containerlösungen sind deshalb nur vorübergehend zu akzeptieren. Die bauliche Erweiterung der Hellweg Realschule ist konkret zu planen und politisch vorzubereiten. Da der Umfang der Erweiterung jedoch maßgeblich auch von der Beschickung durch die Gemeinde Holzwickede und deren Schulentwicklungsplanung abhängig ist, müssen möglichst zeitnah verbindliche Vereinbarungen mit der Nachbarstadt getroffen werden. Die unverzügliche Aufnahme von Gesprächen mit der Nachbargemeinde hat die FLU beim Bürgermeister beantragt.

Bezahlbarer Wohnraum wird auch in Unna knapp. Der Flüchtlingszustrom auf unser Land wird vermutlich weiter anhalten. Den Flüchtlingsfamilien, aber natürlich auch den weniger finanzstarken deutschen Familien, muss bedürfnisgerechter Wohnraum angeboten werden. Zur Vorbereitung auf möglicherweise zukünftige Investitionen im Zusammenhang mit der Schaffung neuen Wohnraums, ist das Unnaer Stadtgebiet auf kurz- bis mittelfristig bebaubare städtische Grundstücke hin zu untersuchen. Diese könnten dann gegebenenfalls mit speziellen Förderprogrammen vermarktet, oder gemeinnützigen Gesellschaften zur Wohnbebauung zur Verfügung gestellt werden. Einen diesbezüglichen Antrag hat die FLU vorgelegt.

Die Änderungen des Stellenplanes sind maßvoll. Nach dem nahezu vollständigen Wegfall der so genannten Dezernentenebene erscheint die Einsetzung eines 4. Beigeordneten erforderlich. Die teilweise neuen Herausforderungen an die Führungsebene im Rathaus und die geänderten personellen Strukturen, sollten jedoch dringend zur Überprüfung und gegebenenfalls Neuordnung der Aufgabenzuweisungen in den einzelnen Verantwortungsbereichen führen.

Eine im Rahmen der Beratungen diskutierte Neuordnung der Wirtschaftsförderung für die Kreisstadt Unna, könnte zur zukunftsorientierten Weiterentwicklung des Standortes erforderlich sein. Unpräzise und nebulös formulierte Forderungen von SPD und CDU sind indes zur Vorbereitung klarer Beschlüsse ungeeignet. Als Entscheidungsgrundlage müssen vielmehr nachvollziehbare Ideen, schlüssige Konzepte und konkrete Vorstellungen zur Personalausstattung dieser „Stabsstelle“ vorgelegt werden.

Klaus Göldner